



**Geschäftsführung
Ausschuss für Umwelt und Grün**

Frau Bültge

Telefon: (0221) 221-23702

Fax : (0221) 221-26928

E-Mail: barbara.bueltge@stadt-koeln.de

Datum: 03.02.2010

**Auszug
aus dem Entwurf der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses
Umwelt und Grün vom 21.01.2010**

öffentlich

**5.12 Aktionsplan für nachhaltige Energie der Stadt Köln, eine Ausarbeitung
zur Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Bürgermeisterkonvent
0215/2010**

Herr Dr. Arentz stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation den Aktionsplan vor.¹ Er erläutert die Ziele des Konvents der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, dem die Stadt Köln im September 2008 beigetreten sei und geht auf die damit verbundenen Verpflichtungen ein.

Unter Hinweis auf die Mitteilung unter TOP 8.8 (Unterzeichnung der "Hamburger Erklärung" zum Klimaschutz) informiert er kurz über die Konferenz in Hamburg und den Beschluss der dort zusammen gekommenen Konventstädte.

Herr Dr. Arentz führt die bisher erfolgten Einzelmaßnahmen der Stadt Köln in den Sektoren Energie, Bauen und Mobilität auf. Diese seien zwar umfangreich, es fehle jedoch bisher an einem Plan, der diese Aktivitäten zusammenfasse und einem Maßnahmenprogramm, das perspektivisch darstelle, wie die Ziele der EU und des Konvents erreicht werden. In diesem Zusammenhang verweist er auf die Anlage, in der die Einzelmaßnahmen beschrieben sind. Man habe zunächst bewusst auf eine absolut aktuelle Darstellung unter Einbindung der gesamten Verwaltung verzichtet. Vielmehr beabsichtige man, das Klimaschutzkonzept mit einen eindeutigen "Startschuss" zu beginnen und als neues Leitziel innerhalb der Verwaltung mit dem Oberbürgermeister an der Spitze zu verankern.

Im weiteren Verlauf des Vortrags informiert Herr Dr. Arentz über das vom Klima-Bündnis und Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg GmbH (IFEU) erstellte Werkzeug des Benchmarks Kommunalen Klimaschutz.

¹ Die Folien des Vortrags sind der umgedruckten Niederschrift und dem Auszug als Anlage beigefügt.

Auf Nachfrage von RM Frau Dr. Müller, mit welchen Städten Köln verglichen wurde, antwortet Herr Dr. Arentz, dass es sich um die Konventstädte ab 100.000 Einwohnern handle.²

Das Vergabeverfahren für die zu beteiligenden Gutachter bzw. für den Bereich Energie sei inzwischen abgeschlossen bzw. unmittelbar vor dem Abschluss und man könne die Aufträge erteilen. Ziel sei eine fortschreibbare Energie- und CO₂-Bilanz und ein Maßnahmenkatalog mit einer Prioritätensetzung, auf deren Basis der Rat die Maßnahmen beschließen könne.

Herr Dr. Arentz unterstreicht, die Querschnittaufgabe "Klimaschutz" müsse in allen Dezernaten angesiedelt sein, was bedeute, dass in allen Dezernaten jemand sein müsse, der für Klimaschutz verantwortlich sei. Daneben müsse das Thema in der Öffentlichkeit bei den Bürgerinnen und Bürgern, aber auch bei den Investoren, ankommen. Um dies zu erreichen, werde eine verwaltungsinterne, dezernatsübergreifende Arbeitsgruppe gebildet.

Abschließend bittet Herr Dr. Arentz die Ausschussmitglieder, die Vorlage weiter zu geben, so dass über sie in der nächsten Ratssitzung am 02.02.2010 beschlossen werden könne.

Beigeordnete Frau Bredehorst ergänzt, die Verwaltung arbeite schon länger am Klimaschutzkonzept, da sie durch den Beschluss des Ausschusses zum CO₂-Minderungskonzept einen politischen Auftrag erhalten habe.

Sie macht deutlich, dass die Stadt Köln im Klimaschutz trotzdem etwa 10 Jahre im Rückstand sei. Es gebe andere Städte in Deutschland, die weiter seien und sich des Themas wesentlich früher und mit entsprechender personeller Besetzung – auch innerhalb der Verwaltung – angenommen haben. Schließlich mache es einen Unterschied, ob eineinhalb oder zehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Umweltverwaltung daran arbeiteten. Momentan könne man aufgrund der Wirtschaftskrise zwar schlecht die Verwaltung verstärken, aber dadurch werde es nicht leichter, 10 Jahre Rückstand aufzuholen.

Die Beigeordnete macht auf die wegweisenden Ratsbeschlüsse zum Thema Klimaschutz, z. B. im Bereich Verkehr oder Energieeinsparung, aufmerksam. Bekannt sei aber auch, dass diese Ratsbeschlüsse nur halbherzig befolgt würden. Es fehle eine Stelle, die das Thema koordiniere und als "Klimaschutzbeauftragte/r" verstärkt die Umsetzung der Beschlüsse kontrolliere.

Ausschussvorsitzende RM Frau Dr. Müller betont, der politische Wille zum Thema "Klimaschutz" sei auch auf Ratsebene und der Ebene anderer Ausschüsse immens wichtig. Dieses Thema sei kein reines Umweltthema, genauso, wie es auch in der Verwaltung als Querschnittaufgabe verankert werden müsse.

Hinsichtlich der Ergebnisse des Benchmarkings auf Seite 34 des Aktionsplans merkt sie kritisch an, dass sie die überaus positive Selbsteinschätzung im Bereich Verkehr nicht nachvollziehen könne. Sie möchte wissen, wer diese Selbsteinschätzung gemacht habe.

RM Herr Dr. Welpmann beantragt, die Vorlage ohne Votum in den Rat zu verweisen. Zum Einen mache er wegen der verspäteten Zustellung formale Gründe geltend, zum Anderen gebe es aber auch einen inhaltlichen Grund. Es sei wichtig, nicht nur im Umweltausschuss, sondern auch im Rat eine inhaltliche Debatte zu führen, da

² Wurde inzwischen geklärt und bestätigt.

das Thema "Klimaschutz" nicht nur in den Umweltbereich gehöre. Auch in anderen Ausschüssen sollte es später noch vertieft behandelt werden.

SE Frau Grosser fragt, welche Städte konkret genannt werden. Außerdem beurteilt sie das Konzept oberflächlich betrachtet als gut, sie vermisse jedoch eine Kostenaufstellung.

RM Herr Kienitz dankt der Verwaltung für den Vortrag. Er enthalte gute Ansätze. Er kommt auf seine eingangs unter TOP 2.6 gestellte Frage zur Vernetzung bestimmter Bereiche zurück. Wenn man das Ergebnis des Benchmarking für Köln betrachte, so gebe es viele Bereiche, wo in Zukunft noch an deren Verbesserung gearbeitet werden müsse. Zum Beispiel müsse die Kooperation mit Großverbrauchern in den nächsten Jahren verstärkt begleitet werden. Klimaschutz betrachte er ebenfalls als eine Querschnittsaufgabe in vielen Bereichen. Beispielsweise gebe es im Wohnungsbau eine neue Energieeinsparverordnung.

Ein wichtiger Punkt sei die Öffentlichkeitsarbeit, etwa wenn es darum gehe, unter dem Stichwort "Ökoprotit" Unternehmen einzubinden.

Abschließend befürwortet Herr Kienitz ebenfalls die Verweisung der Vorlage ohne Votum in den Rat. Er betont aber auch für die CDU-Fraktion, dass man es nicht für gut halte, wenn der federführende Fachausschuss eine derart wichtige Vorlage ohne Votum in den Rat schieben müsse, nur weil sie so kurzfristig zugegangen sei.

SE Herr Donath fragt, welche Funktionen die Startbilanz auf Seite 29 der Anlage 1 habe. Ihm sei aufgefallen, dass die Emissionsfaktoren für Fernwärme schlechter seien, als die für Gas. Diese Faktoren können nicht auf Millionenstädte wie Köln bezogen sein. Er bittet zu prüfen, ob es möglich sei, in dem Teil, wo über die Fernwärme berichtet wird, die Emissionsfaktoren von CO₂ mit zu berücksichtigen.

Er beanstandet, dass die Klärwerke in der Vorlage nicht enthalten seien und bittet, dies zu korrigieren.

SE Herr Becker bittet zum Punkt "Aktives Energiemanagement der Gebäudewirtschaft" auf S. 19 die Maßnahmen "Gebäudeanalyse und Energiekonzepte erarbeiten" mit aufzunehmen. Er fragt, an wen man sich wenden könne, wenn man bei der genauen Durchsicht des Aktionsplans noch offene Punkte findet.

SB Herr Dr. Albach fragt, weshalb schon bekannt sei, welcher Gutachter für den Sektor "Energie" beauftragt werden solle, wenn die Ausschreibung noch nicht ganz abgeschlossen sei. Er merkt kritisch an, er könne den Aktionsplan seiner Fraktion nicht erklären, zumal er die Vorlage noch nicht lange habe, um sie lesen zu können. Er frage, wie die Ziele, die Köln erreichen wolle, zu denen der Bundesregierung passen. Momentan sei man seit November/Dezember 2009 bei einem Einsparziel von 30 %, im Aktionsplan stünden lediglich 20 %. Es fehlten mehrere Kyōtogase, die Verwaltung fokussiere sich nur auf CO₂. Der Umbau der Wirtschaft in Köln, die Deindustrialisierung, sei überhaupt nicht berücksichtigt.

Herr Dr. Albach beantragt abschließend eine intensivere Behandlung mit dem Thema, bevor es umgesetzt werde.

Ausschussvorsitzende RM Frau Dr. Müller entgegnet, sie habe die Vorlage als einen ersten "Aufschlag" zum Thema verstanden. Die inhaltliche Diskussion sei damit noch lange nicht beendet. Sie regt die Verwaltung an, in den kommenden Sitzungen Informationen zu Teilbereichen in Form einer Mitteilung dem Ausschuss zur Kenntnis zu geben und damit eine Diskussion zu ermöglichen.

Beigeordnete Frau Bredehorst schlägt vor, zu den Themen "Energie" und "Mobilität" zwei Fachgespräche zu organisieren und alle Mitglieder des Ausschusses dazu einzuladen. Hinsichtlich der Frage der Querschnittaufgabe werde es Bestandteil des Klimaschutzkonzeptes sein, einen verwaltungsinternen, dezernatsübergreifenden Arbeitskreis zu bilden und die beteiligten Ämter einzubinden. Auch außerhalb der Stadtverwaltung beabsichtige man, zusammen mit den Institutionen, die maßgeblich auf Klimaschutzeffekte einwirken können, ein Gremium in Form eines Beirates oder runden Tisches zu bilden. Dazu gehöre auch der Stadtwerkekonzern.

Im weiteren Verlauf der Diskussion werden verschiedene Vorgehensweisen für die Zukunft angesprochen. Als Fazit bleibt festzuhalten, dass "Klimaschutz" in den weiteren Ausschusssitzungen Thema bleiben wird und in der nächsten Sitzung die verschiedenen Alternativen einer Arbeitsgruppe, Sondersitzung oder eines Unterausschusses vorgeschlagen und diskutiert werden.

RM Herr van Benthem beanstandet die äußerst späte Zustellung der Vorlage und fordert im Namen der CDU-Fraktion die Verwaltung auf, in Zukunft derartige Dinge zu unterlassen.

Herr Dr. Arentz geht auf die Anregungen, Fragen und Kritik der Ausschussmitglieder ein und erläutert, dass es sich bei den 22 Seiten starken Ausführungen der Anlage 1 zur Beschlussvorlage keinesfalls um einen Maßnahmenplan zum Klimaschutzkonzept handle. Vielmehr handle es sich lediglich um die bisherigen Einzelprojekte.

Der zweite Teil nach dieser Rückblende sei ein Auszug aus dem Auftrag an die jeweiligen Gutachter. Diese Ausführungen, die ebenfalls noch kein vollständiges Konzept seien, müssen selbstverständlich mit allen Beteiligten, auch den entsprechenden politischen Gremien, intensiv diskutiert werden. Erst danach könne ein Maßnahmenplan oder das Aktionsprogramm erstellt werden.

Hinsichtlich der Kritik von Frau Dr. Müller zur Selbsteinschätzung im Benchmarking, erläutert Herr Dr. Arentz, dass Fragen hinsichtlich der Aktivität einer Stadt in bestimmten Bereichen beantwortet worden seien. Zahlen seien nicht abgefragt worden. Man werde dieses bisherige Vorgehen im Benchmarking und die zukünftige Vorgehensweise mit IFEU besprechen.

Die Kosten der Klimaschutzmaßnahme werden Inhalt des Maßnahmenplans zum Klimaschutzkonzept sein, welches dem Rat und den Ausschüssen vorgelegt wird.

Zum Thema "Ökoprofit" erklärt er, dass man auf die Großverbraucher zugehen werde. Man erwäge auch da einen speziellen Arbeitskreis. Hinsichtlich der KMUs (kleine und mittlere Unternehmen) finde heute Abend um 18:00 Uhr in der IHK die Werbeveranstaltung für das Ökoprofit-Projekt statt. Am 10.03.2010 soll die Auftaktveranstaltung mit dem Oberbürgermeister stattfinden.

Zur Funktion der Startbilanz betont er, dass es sich um Zahlen handle, die auf Daten des nationalen statistischen Durchschnitts basierten.

Hinsichtlich der Vergabe erläutert Herr Dr. Arentz, dass das Vergabeverfahren bereits abgewickelt gewesen sei. Aufgrund einer kleinen Änderung musste der Vorgang nochmal ans Vergabeamt zurückgegeben werden mit der Frage, ob eine neue Ausschreibung erforderlich sei. Die mündliche Zustimmung des Vergabeamtes zum Verfahren liege bereits vor. Auf die schriftliche warte man noch.

Frau Bredehorst bekräftigt, dass alle vergaberechtlichen Vorschriften beachtet worden seien.

Auf die Frage von SE Herrn Becker erläutert sie, dass die Fraktionen über die Vorlage das Letztentscheidungsrecht haben und daher auch Änderungen einbringen können.

Abschließend stellt die Ausschussvorsitzende die Verweisung der Vorlage ohne Votum in den Rat zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün verweist die Vorlage ohne Votum in den Rat.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die Stimme der FDP-Fraktion.